

Anmerkungen zur europäischen Krise aus deutscher Sicht

Korreferat zum ungarischen und polnischen Vortrag auf dem 21. Internationalen Kongress Renovabis (München, 6. September 2017)

1. Ein primär demokratisch-ideelles oder ökonomisch-materielles Projekt EU?

Durch Europa geht ein Riss, der sich nicht nur am Handeln von Regierungen, sondern auch am Denken der Menschen ablesen lässt. Im Eurobarometer wurde 2016 nach den wichtigsten Vorzügen der Europäischen Union gefragt. In den bis 2004 beigetretenen EU15-Staaten wählte mehr als ein Drittel (35%) der Bevölkerung „die Achtung der Demokratie, der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit“ auf den 1. Platz. In den ("NMS13"-) Staaten Mittelosteuropas (mit Malta und Zypern) wählte nur ein Viertel diese Antwort: 4. Platz. Hier sieht man den Lebensstandard der EU-Bürger am häufigsten als wichtigen Vorzug (34%), der in den alten Mitgliedsländern Platz 4 einnimmt (18%). Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit in der EU wählten 56% der Schweden, 50% der Finnen und 45% der Deutschen, aber nur 21% der Slowaken, 22% der Tschechen und 23% der Polen. Die Mittelosteuropäer wollen auch weniger für diese Werte jenseits der EU-Grenzen eintreten (Polen 10%, Deutschland 22%).

Die stärkere Fokussierung auf den Lebensstandard mag auch fast 30 Jahre nach dem Kommunismus noch ein Reflex auf dessen materielle Misere und auf Wohlstandsrückstände im EU-Vergleich sein. Doch gehörte es nicht zum Stolz der Revolutionen in Mittelosteuropa, für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat zu kämpfen und nicht bloß materialistische Ziele zu verfolgen? Die polemische Unterstellung, dass etwa die Ostdeutschen 1990 nur „die Banane“ gewählt hätten, also westliche Konsummöglichkeiten, kam von frustrierten Linken und wurde von Christlich-Konservativen zurückgewiesen. Was ist heute von dem Idealismus geblieben? Sollte es nicht zum christlichen Freiheitsverständnis gehören, dass man auch anderen Menschen und Völkern die eigene Freiheit gönnt und ihnen dazu Hilfestellung leistet? Wird man nicht gerade als Christ sensibel sein müssen für drohende Freiheitseinschränkungen im eigenen Land, etwa durch Einschränkungen der Gewaltenteilung oder der Medienfreiheiten, wie sie derzeit von den Ungarn und Polen wahrgenommen werden?

2. „Kirche als Schutzmacht der Aufklärung“

Der Devise: „Keine Freiheit für den Irrtum“ folgten nicht nur Kommunisten, sondern auch Päpste. Sie wurde im 20. Jahrhundert überwunden. Meine katholischen Professoren konnten in den 80er und 90er Jahren lehren, die liberalen Freiheitsrechte kollidierten längst nicht mehr mit einem weltlichen Herrschaftsanspruch kirchlich vermittelter Wahrheiten, sondern „mit dem ‚Recht‘ der sozialistischen Wahrheit, der nationalistischen Wahrheit, der ökologistischen Wahrheit, der pazifistischen und sonstigen Wahrheiten, die dem Absolutheitsbedarf transzendenzfremdeter Gesellschaften zeitweilig Genüge tun“ (Josef Isensee). Konfrontiert mit einer linksideologischen Staats- und Gesellschaftskritik, kombiniert

mit einer marxistisch inspirierten „selbstgestrickten Theologie“, säßen „Kirche und Demokratie in einem Boot“ (Lothar Roos). Aus dem Konflikt zwischen kirchlichem Dogmatismus und Aufklärung sei ein Konflikt „zwischen einem Bündnis aus Kirche und Aufklärung einerseits und einem neuen politischen Dogmatismus andererseits geworden“ (Martin Kriele); das Christentum sei „in die Rolle einer kulturellen Schutzmacht der Aufklärung eingerückt“ (Hermann Lübke).

Die Prinzipien der Französischen Revolution: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit werden schon lange auch von Christen (sogar Heiligen) als Folgerungen aus dem Evangelium verstanden. Der Staatsrechtslehrer Josef Isensee nennt die Menschenrechte „Kinder des Christentums, freilich illegitime, lange verleugnete Kinder“; heute aber bekenne sich die Kirche offen zu ihnen und setze sich „mit ganzer Kraft für sie ein. Mit ihrer vormaligen Widersacherin, der Aufklärung, hat sie sich nunmehr verbündet. Sie stabilisiert deren Werk (...) gegen den Zugriff der Totalitarismen“.

3. Die neue Anfechtung der liberalen Demokratie von (christlich-) rechts

Derzeit kommt die Verachtung der liberalen Demokratie wieder mehr von rechts, leider auch aus kirchlich-konservativen Kreisen. Weil einem manche Ergebnisse des politischen Prozesses nicht passen, kündigt man die Loyalität zum System der Freiheit auf. Fokussiert auf wenige politische Inhalte (policy) – Abtreibung, Homo-Ehe, Islam – übersieht man den Eigenwert des freiheitlichen Regelsystems (polity). Dabei ist Freiheit ein Zentralwert des Christentums.

Wo Populisten durch ein Mehrheitsvotum an die Macht gelangen (und sei es nur durch 19 Prozent der Wahlberechtigten wie in Polen), versuchen sie die Regeln zu manipulieren, um ihre "Wahrheiten" durchzusetzen und ihre Macht zu zementieren. Der Staat wird zur Beute, Demokratie missverstanden als Herrschaft der Mehrheit. Sie ist aber Herrschaft des ganzen Volks, inklusive der Minderheiten. Um dies zu gewährleisten, bedarf es eines gewaltenteiligen Rechtsstaats mit einer starken, unabhängigen Verfassungsgerichtsbarkeit.

Unzufriedenheit mit der Problemlösungskompetenz der Demokratie darf nicht in Lethargie oder Ressentiment gegenüber der „bescheidensten Staatsform der Weltgeschichte“ umschlagen, wie Isensee die Demokratie des Grundgesetzes einmal charakterisierte. Die Alternative könnte nur ein autoritäres Regime sein – das meistens nicht nur weniger Bürgerfreiheiten bietet, sondern auch weniger Wohlstand.

Die Versuchung, eigene Wahrheiten auf anderem als freiheitlichem Wege durchzusetzen, also nicht mit werbenden Argumenten, sondern mit Mitteln der Manipulation und der Macht, verschonte Katholiken noch nie. Die katholische Unterstützung für faschistische Regimes des 20. Jahrhunderts sollte Mahnung genug und Grund zur Demut sein. Von der Erbsünde sind wir alle gezeichnet, auch Herr Kaczynski. Das Kalkül, christlichen Wahrheiten auf autoritärem Weg besser Geltung verschaffen zu können als auf freiheitlichem, ist hybrid und kurzsichtig. Die spanische Kirche leidet bis heute unter den Folgen. Eine Kirche, die sich im Bett autoritärer Herrscher prostituiert, verrät ihren Auftrag und bringt das Christentum in Verruf.

4. Zwei divergierende Grundverständnisse von Christentum

Nicht mehr links oder rechts, sondern liberal oder autoritär, personalistisch oder kollektivistisch lautet die große politische Alternative im heutigen Europa. Damit korrespondieren zwei Verständnisse von christlicher Religion: Das eine sieht in ihr vor allem einen Ordnungsfaktor und kulturellen Identitätsmarker, nicht selten in Verbindung mit einem völkischen Nationalismus. Ein guter Staatsbürger ist dann, wer die tradierte Religion der eigenen Nation praktiziert, sich zur Kirche bekennt oder sie zumindest achtet. Der Glaube degeneriert dabei leicht zum Herrschaftsinstrument. Aus römisch-katholischen Christen werden „national-katholische“, ähnlich wie in der Orthodoxie. Jesus hat aber sicher keine Nationalkirchen gründen wollen.

Das andere, jüngere Verständnis geht von der „Imago Dei“-Lehre aus, von der Würde des einzelnen Menschen, der vom Schöpfer als sein Ebenbild ins Leben gerufen wurde und „zur Freiheit berufen“ (Gal 5,13) ist. Ihm, dem Individuum, habe das politische System vor allem zu dienen (Art. 1 I GG). Der christliche „Nächste“ ist nicht der Volksgenosse, sondern jeder Mensch, unabhängig von seiner Herkunft oder Religion, zuvörderst der Notleidende diesseits und jenseits politischer Grenzen, zum Beispiel der Kriegsflüchtling und der Armutsmigrant.

Manche kirchlich Konservativen werfen den diakonisch fokussierten Christen „Humanitarismus“ vor und setzen ihre angebliche „Christozentrik“ gegen eine zu „menschenzentrierte Agenda“ in der Kirche. Doch ein Schöpfer, der uns nach seinem Abbild, „nur wenig geringer als Gott“ (Ps 8) machte; der in Jesus selbst Mensch wurde und sich am Kreuz für die Menschen hingab; der eine den geringsten Brüdern erwiesene Liebe als Dienst an sich selbst qualifizierte (Mt 25), der hat eine so anthropozentrische Agenda, dass wir ihn damit schwerlich missachten können.

5. Religiöse Renaissance in Osteuropa?

Ein religiöses Bekenntnis ist in manchen postkommunistischen Gesellschaften wieder en vogue. Ob es sich dabei um eine nachhaltige geistige Neuorientierung „oder doch nur um eine oberflächliche Modeerscheinung bzw. eine neue Form von political correctness“ handelt, beurteilen Religionssoziologen skeptisch. In empirischer Überprüfung zeige sich: „In vielen Fällen entbehrt das Bekenntnis zu den eigenen konfessionellen Wurzeln einer substanziellen theologischen Grundlage, bleiben die Glaubenssysteme diffus und in sich inkonsistent“ (Olaf Müller). Die gewachsene öffentliche Relevanz der Religion spiegle sich nur zum Teil in individuellem Glauben und in kirchlicher Praxis wider. Speziell der religiöse Aufschwung in Russland mache „den Eindruck einer Luftblase“ und werde auch von einheimischen Beobachtern als „kulturelles Oberflächenphänomen“, „Mode und Konformismus“ (Detlef Pollack/Gergely Rosta) gesehen.

6. West-Ost-Kluft bei Vielfalt und Toleranz

Die innereuropäischen Wertedifferenzen schlagen sich in Haltungen wieder:
- Dass kulturelle Vielfalt und Aufgeschlossenheit gegenüber anderen mehr betont werden sollte, gab im Eurobarometer 2016 etwa jeder dritte Schwede, Niederländer

und Däne an, aber nicht einmal jeder siebte Tscheche (11%), Zypriert (13%) und Bulgare (14%);

- Dass sich die Gesellschaft, um die globalen Herausforderungen zu meistern, mehr auf Traditionen konzentrieren sollte, meinen 28% Prozent der Polen und Tschechen, 27% der Ungarn und 26% der Rumänen, aber nur 5% der Schweden, 6% der Dänen, 7% der Spanier.

- Sich mit einem jüdischen Arbeitskollegen vollkommen oder einigermaßen wohl zu fühlen, erklärten im Eurobarometer 437 (2015) 90-95% der Schweden, Dänen, Niederländer, Briten, Franzosen, Iren und Spanier, aber nur 57% der Slowaken, zwei Drittel der Rumänen und Tschechen und drei Viertel der Litauer und Ungarn.

- Gegenüber einen muslimischen Arbeitskollegen keine Vorbehalte zu haben, erklären Schweden, Franzosen und Briten zu fast 90% und Iren, Luxemburger, Dänen, Spanier und Niederländer zu über 80%, doch nur 27% der Tschechen, 37% der Slowaken und 57% der Ungarn und Litauer.

- Eine ähnliche Kluft zeigt sich bei der Frage zu homosexuellen Arbeitskollegen. Die Ablehnung in Nord- und Westeuropa liegt meist im einstelligen Bereich, in Osteuropa etwa dreimal so hoch, bis zu 44 Prozent im katholischen Litauen – dem strikten Diskriminierungsverbot des Katholischen Weltkatechismus zum Trotz.

7. Kirche in der liberalen Demokratie: Wahrheit versus Relativismus?

Es bedurfte einer Fülle von Leiderfahrungen durch konfessionelle und politisch-ideologische „Wahrheitsherrschaften“, bevor die kirchliche Sozialverkündigung von der Ablehnung der Demokratie über das Indifferenzprinzip zu einer erst vorsichtig positiven, dann nachdrücklich bejahenden Einstellung gegenüber dieser Staatsform gelangte. Die Religionsfreiheit wurde vom Lehramt erst 1965 mit der Erklärung „Dignitatis humanae“ des Konzils anerkannt, die „rechte Autonomie“ der Kultursachbereiche in „Gaudium et spes“.

Die Versuchung eines Wahrheitsmonopolismus kann das gemäßigte Klima, dessen der demokratische Verfassungsstaat bedarf, gefährlich aufheizen. Die Freiheit des Andersdenkenden kann man zwar aus Überzeugung und Charakter respektieren. Die zuverlässigere Grundlage der Toleranz dürfte für die meisten Menschen aber eigener Zweifel sein. Wo Zweifel massenhaft schwinden und Gesinnungseifer um sich greift, wird die Lage prekär für Recht und Freiheit.

Bei aller verständlichen Frustration über wachsende Differenzen zwischen christlichen und säkularen Moralvorstellungen gilt es doch zu unterscheiden: Die beklagte „Entchristlichung“ kommt aus der Gesellschaft und wird nur mit Zeitverzögerung vom Staat nachvollzogen. Seinen Ärger dann gegen die „relativistische“ Demokratie zu richten, ist gefährlich. Es begünstigt ein Liebäugeln mit autoritären Lösungen, wie sie derzeit Wladimir Putin zum Wohlgefallen der russisch-orthodoxen Kirche anbietet. Deshalb als Christen auf ihn oder die von ihm unterstützte radikale Rechte in Europa zu setzen, würde vom Regen in die Traufe führen.

Die gewaltenteilige, liberale Demokratie wird als Staatsform des Vertrauens in bürgerliche Freiheitskompetenzen und des organisierten Misstrauens gegenüber der Tendenz zum Machtmissbrauch der christlichen Anthropologie am ehesten gerecht: „Des Menschen Anlage zur Gerechtigkeit macht Demokratie möglich; aber des

Menschen Neigung zur Ungerechtigkeit macht Demokratie notwendig“ (Reinhold Niebuhr).

Wenn christliche Positionen an Einfluss verlieren, spricht das nicht gegen eine „Demokratie ohne Wahrheit“, sondern gegen Christen ohne Überzeugungskraft. Und manchmal – wie die Geschichte zeigt – und vielleicht auch dafür, dass die kirchliche Vorstellung vom christlich Gebotenen noch revisionsbedürftig ist.

8. Gemeinwohldienste der Christen für Europas Zukunft

Die Kirchen haben trotz sinkender Mitgliederzahlen in Europa nach empirischen Studien zentrale Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt: „Sowohl die Bereitschaft zum sozialen Engagement als auch das zwischenmenschliche Vertrauen – die beiden zentralen Bestandteile des Sozialkapitals – sind unter religiös gebundenen Personen höher als im Bevölkerungsdurchschnitt. Insbesondere das Christentum leistet einen bedeutenden Beitrag zum Zusammenhalt der Gesellschaft“, betont der Religionsmonitor 2013 der Bertelsmann-Stiftung. Das durch die Kirchen aufgebaute soziale Kapital wirkt als „Bridging Capital“, das im Unterschied zum „Bonding Capital“, von dem nur die eigene soziale Gruppe profitiert, die Distanz zur weiteren Gesellschaft überbrückt. Gläubige Christen bringen nicht nur „Glaubensbrüdern“ ein hohes Vertrauen entgegen; auch ihre Vertrauenswerte gegenüber Konfessionslosen sind höher als die der Konfessionslosen selbst.

Geborgenheit im Letzten setzt Gelassenheit im Vorletzten frei, die zu unaufgeregtem Engagement und Widerstand gegen ideologische Heilsangebote und politischen Radikalismus befähigt. Die christliche Erbsündenlehre von der Fehlerhaftigkeit und Schwachheit der menschlichen Natur sollte bewahren vor überzogenen Ansprüchen an Politik und Politiker und so einen Beitrag gegen die Politikverdrossenheit leisten. Die Erkenntnis, dass wir „alle zumal Sünder und Böse“ (Martin Luther) sind, muss der Christ stets auch auf sich selbst beziehen: „Was siehst Du den Splitter im Auge deines Nächsten, den Balken im eigenen Auge aber nicht?“. Das lässt vorsichtiger urteilen, auch gegenüber Politikern, die ihre Fehlritte im Flutlicht der demokratischen Öffentlichkeit nur schwer verbergen können.

Die Frohe Botschaft, ihre die irdische Endlichkeit überschreitende Hoffnung, begründet eine zufriedenerere, optimistischere Lebenseinstellung. Kirchnahe Christen in Deutschland beschreiben ihr Zukunftsvertrauen, ihre Zufriedenheit mit der Arbeit, ihr Freiheitsgefühl und ihren Gesundheitszustand positiver als der Durchschnitt. Offenbar bringt eine am christlichen Menschenbild orientierte Erziehung weniger den larmoyanten Typ hervor, der nur über die Verhältnisse oder eigene Verwundungen klagt, statt sein Leben selbst in die Hand zu nehmen und auch eigene Fehler und Versäumnisse einzugestehen. Dem entspricht die in der kirchlichen Soziallehre vertretene Theorie einer subsidiären Gesellschaft, die zunächst die Aktivierung der eigenen Kräfte verlangt, bevor man nach dem Staat – oder EU-Subventionen – ruft.

Als sozial prägende Kraft bleiben christliche Glaubensüberzeugungen ein politischer Faktor im sich säkularisierenden und religiös pluralisierenden Europa. Der biblische Anspruch vom „Salz der Erde“ und von den „Früchten“, an denen die Jünger Jesu erkannt werden sollen (Mt 7,16), wird zumindest ein Stück weit eingelöst. Insofern

lebt der freiheitlich-demokratische Staat zwar nicht mehr nach den Weisungen der Kirche, aber immer noch „von Früchten ihrer geistlichen Existenz“ (Hermann Ehlers). Er tut deshalb gut daran, die Rechtsbeziehungen zwischen Staat und Kirche freundlich-kooperativ zu gestalten. Für die Kirchen gilt dies umgekehrt ebenso, denn schon Jeremia (29,7) mahnt: „Suchet der Stadt Bestes (...) und betet für sie zum Herrn, denn wenn's ihr wohl geht, so geht's auch euch wohl“.

Betrachten wir also die vom Ostrand und südlichen Gegenüber Europas her angefochtene liberale Demokratie trotz aller Unzulänglichkeiten als ein kostbares Geschenk, dessen wir uns immer wieder in Wort und Tat würdig erweisen müssen.